

## Wahlprüfstein Barrierefreiheit in öffentlich zugänglichen Räumen

DIE LINKE steht ein für Inklusion. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der niemand aufgrund von Erkrankung oder Behinderungen an den Rand gedrängt wird. Stattdessen wollen wir eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen gemäß ihren Bedürfnissen erreichen. Darum fordern wir in Bund, Land und Kommunen die strikte Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention ein.

Wir wollen, dass in allen Bereichen auf Barrierefreiheit hin geplant wird. So müssen z. B. bei Neubauten von Beginn an Hilfsmittel eingeplant und Barrieren aller Art verhindert werden. Bestehende Einrichtungen müssen entsprechend nachgebessert und Barrieren abgebaut werden. Das schließt selbstverständlich auch Barrieren für Menschen mit Hörbehinderungen ein. Wir befürworten es, dabei hohe Standards zu setzen, denn das Menschenrecht auf gesellschaftliche Teilhabe darf nicht unter Kostenvorbehalt stehen.

Öffentliche Veranstaltungen und Bildungsangebote dürfen unter keinen Umständen von der Barrierefreiheit ausgenommen werden. Gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention müssen alle Bereiche des öffentlichen Lebens barrierefrei sein. Entsprechend muss hier die notwendige Infrastruktur geschaffen werden.

Wir wollen niedrigschwellige Unterstützungsangebote schaffen, die Menschen mit Behinderung beraten, sodass die Kostenübernahme möglichst reibungslos funktioniert.

## Wahlprüfstein Schule und Ausbildung

Nach unserem Verständnis von Inklusion müssen sich nicht die Menschen den Gegebenheiten in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen anpassen, sondern umgekehrt. Entsprechend befürworten wir die umfängliche Finanzierung von Hilfsmitteln. Gerade unter Gesichtspunkten der Bildungsgerechtigkeit ist das unerlässlich. Wir lehnen es ab, dass hier durch die Krankenkassen eine Altersgrenze gezogen wird. Gerade Schüler:innen und Auszubildende verfügen über wenig Geld. Es ist ungerecht, wenn sie davon teure Hilfsmittel bezahlen sollen. Gesellschaftliche Teilhabe wird dadurch verhindert. Darum wollen wir die Finanzierung von Hilfsmitteln unabhängig vom Alter machen.

Gegenwärtig sind wir pessimistisch, wie schnell die erforderlichen Maßnahmen für barrierefreie Schulen umgesetzt werden. Wir sehen in den Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen einen enormen Investitions- und Sanierungsstau. Wir wollen diesen so schnell wie möglich abbauen und die Bildungseinrichtungen zu barrierefreien Lernorten machen.

Wie auch für die Umsetzung von Maßnahmen der Digitalisierung müssen auch für Maßnahmen zur Barrierefreiheit Stellen geschaffen werden. Es nützt nichts, technische Hilfsmittel einmal zu installieren und sich dann nicht mehr darum zu kümmern. Es müssen, je nach Aufwand für einzelne Schulen oder auf kommunaler Ebene, Stellen für die regelmäßige Wartung und Reparatur geschaffen werden. Außerdem müssen auch die Lehrkräfte geschult werden, um bei der Nutzung Hilfestellung geben zu können, sollte dies erforderlich sein.

Wir stehen Förderschulen mit einer gewissen Skepsis gegenüber. Bislang werden Kinder, die eine Förderschule besuchen, nicht nur aus dem Regelschulsystem ausgeschlossen, sie erhalten oftmals nicht einmal den Hauptschulabschluss. Etwa 70 Prozent der Förderschulabsolvent:innen verlassen die Schule ohne Abschluss und haben somit auf dem Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt entsprechend geringe Chancen. Unser Modell ist eine Schule für alle, die ein gemeinsames Aufwachsen und Lernen ermöglicht. DIE LINKE setzt sich für eine Schulform ein, in der nicht nach besonderen

Bildungsgängen getrennt wird, die Raum lässt für individuelle Lernförderung, längeres gemeinsames Lernen und Mobilität ermöglicht und die ein umfassendes Beratungsnetz für unterschiedliche Bedarfe beinhaltet. Zwar lehnen wir die Wahlfreiheit nicht kategorisch ab, möchten aber eine inklusive Bildungslandschaft gestalten, die allen offen steht.

Auch der Zugang zum Arbeitsmarkt muss allen offen stehen. Wir befürworten daher Regelungen, die Unternehmen verpflichten, Mitarbeiter mit Behinderungen einzustellen und die Arbeitsplätze entsprechend den Bedürfnissen der Beschäftigten zu gestalten. Verstöße wollen wir empfindlich ahnden.

#### WPS Senioren

Pflegekräfte leisten unverzichtbare Arbeit, ob auf der Kinderintensivstation, im Seniorenheim oder in der ambulanten Pflege. Trotzdem erfahren sie, allen Sonntagsreden zum Trotz, viel zu wenig Anerkennung. Das wollen wir ändern. Wir wollen das Gesundheitssystem von der Marktlogik entkoppeln. Gute Pflege und Gesundheit sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie müssen von der öffentlichen Hand angemessen ausfinanziert werden. So können mehr Stellen und bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Mit mehr Personal kann die Pflege angemessen auf die einzelne Patientin und den einzelnen Heimbewohner eingehen, anstatt unter ständigem Zeitdruck zu arbeiten. Dabei müssen die Bedürfnisse der zu pflegenden Personen angemessen berücksichtigt werden. Der Umgang mit Hilfsmitteln, auf die sie angewiesen sind, muss dem Pflegepersonal in Weiterbildungen vermittelt werden.

Die Sensibilisierung von Beratungsdiensten, aber auch von Verwaltungsmitarbeiter:innen des Landes und der Kommunen sowie von Mitarbeiter:innen anderer öffentlicher Stellen für die Belange von Menschen mit Hörbehinderungen ist unverzichtbarer Teil der Inklusion im öffentlichen Leben. Die Einrichtung von Begleitdiensten unterstützen wir ebenfalls. Hier leisten Ehrenamtliche wichtige Arbeit. Das begrüßen wir sehr und wir wollen das Ehrenamt stärken. Jedoch dürfen wichtige gesellschaftliche Aufgaben nicht allein von Freiwilligen gestemmt werden. Es müssen staatliche Stellen eingerichtet werden, die hier unterstützen, und wo Ehrenamtliche die Aufgaben nicht wahrnehmen können, müssen professionelle Strukturen die Aufgaben übernehmen. Wir wollen außerdem den Nahverkehr ausbauen. Unser Ziel ist der ticketlose und umlagefinanzierte ÖPNV. Dabei ist auf Barrierefreiheit zu achten. Die Taktung soll verbessert und das Liniennetz von Bussen und Bahnen erweitert werden. Dadurch wollen wir Mobilität auch für Menschen ermöglichen, die selbst nicht mehr Auto fahren können oder wollen.

#### WPS Gesellschaftliche Teilhabe

Ein Gehörlosengeld wie in Thüringen und Berlin befürworten wir. Wir setzen uns außerdem für die Bereitstellung aller Hilfsmittel, einschließlich Schrift- und Gebärdendolmetschern sowie Untertitelungen in audio-visuellen Medien, in allen öffentlichen Bereichen bei vollständiger Kostenübernahme ein. Dies ist nicht zuletzt notwendig, um eine Beteiligung am demokratischen Willensbildungsprozess zu ermöglichen.

DIE LINKE befürwortet ein Bundes-Leistungsgesetz zum Abbau von Barrieren. In den vergangenen Jahren hat unsere Fraktion im Bundestag sich entschieden für rechtliche Verbesserungen eingesetzt, so auch beim Bundesteilhabegesetz. Leider sehen wir hier immer noch großen Nachbesserungsbedarf.

Dass die Barrierefreiheit in politischen Institutionen sehr zu wünschen übrig lässt, zeigt ein Beispiel aus Trier. Dort hatte unsere Stadtratsfraktion ein gehörbeeinträchtigtes Parteimitglied als kundigen Bürger in den Behindertenbeirat der Stadt entsandt. Leider musste der Genosse diese Funktion

mittlerweile aufgeben, da die Bereitstellung von Hilfsmitteln nicht im erforderlichen Rahmen funktionierte.